Signatur:	2022.SR.000048
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Alina Irene Murano
Mitunterzeichnende:	Sara Schmid, Valentina Achermann, Nicole Bieri, Nicole Cornu, Fuat Köçer, Michael Sutter, Halua Pinto de Magalhães, Bettina Stüssi, Lena Allenspach, Katharina Altas, Laura Binz, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Szabolcs Mihalyi, Barbara Keller, Nora Krumme
Einreichedatum:	17. März 2022

Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 15. August 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

In der Stadt Bern gibt es verschiedene Arten, sich auf sexuell übertragbare Infektionen testen zu lassen. Es geht dabei insbesondere um die sogenannten «Big 5» (HIV, Syphilis, Chlamydien, Tripper und Hepatitis). Auch gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich anonym testen zu lassen. Die Kosten werden teilweise von den Krankenkassen übernommen. Jedoch ist es gerade für einen vulnerablen Personenkreis, wie Sexarbeiterinnen oder Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus, schwierig durch die personalisierte Krankenkassenabrechnung anonym zu bleiben. Für andere stellt sich aus finanzieller Sicht die Frage, ob sie die Kosten für einen Test aufbringen können, wodurch riskiert wird, dass sie die Infektion oftmals unbemerkt in sich tragen und übertragen. Im Falle von Chlamydien, die bei jungen Menschen am häufigsten vorkommende sexuell übertragbare Krankheit, ist die Unfruchtbarkeit eine der langfristigen Folgen. Es besteht die Gefahr, dass eine Infektion wegen fehlender Symptome oftmals unentdeckt bleibt.

So sind die Tests – wenn die Kosten über die Krankenkasse abgerechnet werden – nicht mehr anonym. Die Angebote der anonymen Teststellen entfalten daher nur beschränkt ihre Wirkung. Das Ziel von einem regelmässigen breiten Testen und somit einem Schutz vor Weiterverbreitung dieser Krankheiten, wird nicht erreicht. Die breite Bevölkerung würde von niederschwelligen anonymen Gratisangeboten und regelmässigem Testen erheblich profitieren. So könnten hohe Spätfolgekosten vermieden werden. Neuste Statistiken aus Grossbritannien zeigen zudem, dass erstmals mehr HIV-Infektionen bei heterosexuellen als bei homosexuellen Personen gemeldet wurden. Somit ist das gängige Vorurteil, dass sich sexuell übertragbare Krankheiten vorwiegend in homosexuellen Kreisen verbreiten, nicht mehr haltbar, vielmehr zeigt es, dass Vorsorgeuntersuchungen Wirkung entfalten. Es ist daher unerlässlich, dass Vorsorgeuntersuchungen, Aufklärungsarbeit und allen zugängliche anonyme Testmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung erweitert werden. Regelmässiges Testen ist eine sinnvolle Präventionsmassnahme, die einen hohen Kosten-Nutzen-Effekt hat und die Betroffenen vor schweren Folgen geschützt werden können.

In grossen deutschen Städten hat sich das Angebot von Gratistests bewährt und wesentlich zur Gesundheit der Bevölkerung beigetragen. In München bspw. gibt es seit 1987 Gratistests, also seit AIDS bekannt ist. Die Tests werden vom Freistaat Bayern bezahlt und in einem zentralen Labor ausgewertet, was auch für Bern ein denkbares Modell wäre, wie dies 2021 im Rahmen eines Pilotprojekts in der Stadt Zürich ebenfalls eingeführt wurde.

Der Gemeinderat wird daher, unter Einbezug der Angebote der bestehenden Teststellen, gebeten zu prüfen, die Rahmenbedingungen für die Einführung von anonymen Gratistests für sexuell übertragbare Infektionen auszuarbeiten und dabei insbesondere sicherzustellen, dass der Zugang niederschwellig ist und dieses Angebot in eine Präventionsstrategie eingebettet wird. Dabei sollen aus der Auswertung des Pilotprojekts in Zürich, Rückschlüsse für Bern gezogen werden.

Bericht des Gemeinderats

Aufgabe der öffentlichen Gesundheit ist es, allen Menschen eine gut zugängliche und adäquate Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Verschiedene politische Vorstösse verlangen eine Verbesserung des Zugangs zur medizinischen Grundversorgung in der Stadt Bern für besonders vulnerable Personengruppen: Dies sind neben dem vorliegenden Vorstoss die interfraktionelle Motion «Die Stadt Bern soll Verantwortung im Bereich der medizinischen Grundversorgung von Sans-Papiers übernehmen: Für ein Pilot-Projekt nach Genfer Vorbild» (Begründungsbericht liegt vor) und das Postulat Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): «Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!». Vulnerable Personen benötigen häufig zusätzliche Unterstützung und niederschwellige Angebote. Die Planung und Umsetzung der Gesundheitsversorgung fällt grundsätzlich in den Aufgabenbereich des Kantons, wobei die Stadt Bern mit niederschwelligen Angeboten subsidiär unterstützend tätig werden soll. Die im Postulat geforderten anonymen Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten könnte ein solches subsidiäres, zusätzliches Angebot der Stadt Bern sein.

In Erfüllung der erwähnten Vorstösse, insbesondere des Postulats Seraina Patzen, beauftragte der Gemeinderat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) mit der Durchführung des Projekts «Gesundheitsversorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern». Das Projekt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und umfasst u. a. auch die Thematik der sexuell übertragbaren Krankheiten.

Zurzeit wird eine umfassende Analyse der bestehenden Versorgungsstrukturen durchgeführt. Diese Analyse soll einerseits bestehende Angebote und Akteur*innen in der Stadt Bern erfassen und andererseits Versorgungslücken identifizieren und aufzeigen, welche Personengruppen in welchen Situationen derzeit unzureichend versorgt sind. Die Versorgung im Bereich der sexuellen Gesundheit ist wichtig und wird in der Analyse miterfasst. Am 31. März 2025 und 29. April 2025 fanden Workshops mit rund 40 Fachpersonen von innerhalb und ausserhalb der Verwaltung statt. Daran beteiligt waren u. a. städtische Vertretungen der Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen und dem Sozialamt sowie Fachpersonen aus Institutionen wie Aidshilfe / Checkpoint Bern und Xenia Bern, Fachstelle Sexarbeit.

Basierend auf den Ergebnissen der Analyse wird ein Konzept entwickelt, das eine geeignete Form der Gesundheitsversorgung in der Stadt Bern empfiehlt. Dabei werden folgende Aspekte des vorliegenden Postulats in der Ausarbeitung des Konzepts berücksichtigt:

- Bedarfsgerechter, niederschwelliger Zugang
- Effiziente Nutzung bestehender Ressourcen in den Bereichen Prävention, Testung und Behandlung
- Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten wie Zürich oder aus (Pilot-)Studien.

Da wie beschrieben eine Abhängigkeit zum laufenden Projekt «Gesundheitsversorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern» besteht und um eine sorgfältige Bearbeitung des Geschäfts zu gewährleisten, beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung bis Ende März 2026.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat.

2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. März 2026 zu.

Bern, 13. August 2025

Der Gemeinderat